



Landesverband
Berlin e.V.



BERLINER
MIETERVEREIN



Berlin-Brandenburg



Sozialverband
Deutschland



Sozialverband
Berlin-Brandenburg e.V.



Berliner Sozialgipfel
c/o DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin

8. Berliner Sozialgipfel

12. September 2017, 17 Uhr

PODIUMSDISKUSSION ZUR BUNDESTAGSWAHL

Soziale Gerechtigkeit für alle
Wohnen • Leben • Arbeiten • Teilhaben

mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Berliner Parteien

SPD

Eva Högl

CDU

Monika Grütters

Grüne

Lisa Paus

Linke

Petra Pau

DGB Gewerkschaftshaus am Wittenbergplatz
Wilhelm-Leuschner-Saal

Keithstraße 1-3, 10787 Berlin



Landesverband
Berlin e.V.



Berlin-Brandenburg



Sozialverband
Deutschland



Sozialverband
Berlin-Brandenburg e.V.



Berliner Sozialgipfel
c/o DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Keithstraße 1-3
10787 Berlin

Soziale Gerechtigkeit für alle Wohnen • Leben • Arbeiten • Teilhaben

Der Berliner Sozialgipfel hat sich vor den Berliner Abgeordnetenhauswahlen mit Forderungen und Vorschlägen für eine solidarische Stadt, in der alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, in die Diskussion eingebracht. Seine Positionen trägt der Berliner Sozialgipfel auch den Berliner Parteien zur Bundestagswahl vor.

WOHNEN ist ein brennendes Thema. Notwendig sind wirksamer Mieterschutz und eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik. Berlin braucht als wachsende Stadt den Neubau von Wohnungen, vor allem im mittleren und unteren Preissegment, zusammen mit der Dämpfung von Mietsteigerungen, um die Verdrängung breiter Bevölkerungsschichten an den Stadtrand zu stoppen. Hier sind das Land und der Bund gefordert – durch die Förderung von Neubauten und ein soziales Mietrecht.

GUTE ARBEIT ist Querschnittsaufgabe und wichtiger Teil einer Strategie zur Armutsbekämpfung. Dabei geht es vor allem um die Stärkung der Tarifbindung und das Zurückdrängen von prekärer Arbeit. Gerade angesichts der guten wirtschaftlichen Lage ist die Zeit dafür reif. Der Mindestlohn sowie die Kontrolle der Einhaltung müssen dringend verbessert werden. Gut ist, dass Berlin an einem eigenständigen Vergabemindestlohn festhält und die Kontrolle der Vergaben ausbauen will.

Junge Menschen mit und ohne Behinderung brauchen eine gute Schulbildung sowie eine qualifizierte **AUSBILDUNG**. Wir begrüßen, dass der neue Senat sich die Stärkung der Ausbildung in Berlin zum Ziel setzt und dabei auch zu klaren Entscheidungen bereit ist, wie die Einführung einer Ausbildungsabgabe im Altenpflegebereich zeigt.

Wir fordern eine Politik, die sich für **INKLUSION** aller Menschen einsetzt. Dies muss Maßstab der Landes- und Bundespolitik sein. Der neue Berliner Senat setzt hierzu die richtigen Schwerpunkte, die von der Bundespolitik unterstützt werden müssen. Ein wesentlicher Bereich ist die Bekämpfung von Altersarmut und Ausgrenzung. Dazu fordern wir: Inklusion und Integration langzeitarbeitsloser, älterer und behinderter Menschen in Arbeit und Gesellschaft, die dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf Teilhabe in Arbeit und Gesellschaft gerecht wird; eine Wiederherstellung der Pflichtversicherung bei Arbeitslosigkeit als Regelsystem; den Ausbau einer existenzsichernden gesetzlichen Rentenversicherung unter Einbeziehung aller Erwerbstätigen; den Umbau der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung sowie bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum und Wohnumfeld.

Der Berliner Sozialgipfel hat darauf gedrängt, dass die Integration **GEFLÜCHTETER MENSCHEN** in unserer Stadt eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Freizug der Notunterkünfte und Sporthallen sowie erste Umzüge in alternative Wohnangebote sind richtige Schritte. Dieselbe Geschwindigkeit ist nun auch für die Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit notwendig. Hier muss die Bundesregierung die Länder und Kommunen finanziell stärker unterstützen.